

**Rede
von**

Andrea Prell, MdL

zu TOP Nr. 30

Erste Beratung

**Prüfung und Erarbeitung eines landesweiten
Unterstützungsmodells für Pflegebedürftige ab
Pflegegrad 2 (Prüfung eines niedersächsischen
„Landespflegegeldes“)**

Antrag der Fraktion der AfD - Drs. 19/8537

während der Plenarsitzung vom 10.10.2025
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

In diesem Plenum haben wir wieder mehrfach gehört, welche negativen Eigenschaften insbesondere den von Frau Behrendt so genannten migrantischen Freunden von der AfD zugeschrieben werden. So funktioniert Rechtspopulismus!

Sie gründen eine Gruppe: die Guten. Die sind ehrlich, patriotisch, arbeiten hart, sind das Volk der Biodeutschen.

Das Volk stellen Sie als bedroht und betrogen durch die Gruppe der Bösen dar. Das sind die Parteien und die Migranten. Ziel dieser Einteilung ist es, die Gesellschaft in Lager zu spalten, um klare Fronten zu schaffen.

Genau diese Spaltung ist der Untergang für den gesellschaftlichen Zusammenhalt!

Es ist damit auch das Gegenteil von Entlastung für die Pflege. Denn sie braucht vor allem ein funktionierendes Miteinander, eine gute Nachbarschaft, ein gutes gesellschaftliches Miteinander im Wohnquartier und eine solidarische Gemeinschaft, die sich gern gegenseitig unterstützt und trägt.

Mit Ihrer Politik erreichen Sie das Gegenteil. Das ist der Untergang der Pflege, sowohl für die professionelle Pflege als auch für die Angehörigenpflege.

Die Wahrheit ist: Ohne Pflegekräfte aus dem Ausland würde das System schon jetzt zusammenbrechen. Sie haben die pflegenden Angehörigen genannt, das ist richtig. Aber auch ohne die ausländischen Pflegefachkräfte und Pflegehilfskräfte wäre das System nicht mehr zu stemmen. Denn heute hat bereits jede fünfte Pflegekraft einen Migrationshintergrund, in der Altenpflege ist es jede dritte Pflegekraft.

In den nächsten Jahren werden zahlreiche Pflegekräfte in Rente gehen und stehen dem Markt dann nicht mehr zur Verfügung. Zeitgleich wächst die Zahl der Pflegebedürftigen drastisch weiter an. Es ist vollkommen illusorisch, zu glauben, dass ein Land mit überalterter Bevölkerungsstruktur aus eigener Kraft ohne den Zuzug von Menschen aus anderen Ländern das System Pflege auch in Zukunft wird stemmen können.

Diese so dringend benötigten Menschen werden aber nicht zu uns kommen, wenn sie sich bei uns nicht willkommen fühlen und wenn sie durch Rechtsextremismus um ihre Sicherheit fürchten müssen.

Sie verstärken absichtlich die ohnehin schon prekäre Lage durch Ihre sich ständig wiederholende Rhetorik „Messermänner“ und „Kopftuchmädchen“, wie sie von Ihrer Chefin im Bund zu hören ist.

Frau Klages, Sie sagten hier gestern, Sie könnten ambitionierte Pläne von Schaufensteranträgen unterscheiden. Offensichtlich ist das nicht ganz richtig, denn dieser Antrag ist genau das: ein Schaufensterantrag, Fishing for Compliments, ein Placebo, um beim Thema Pflege zu bleiben. Denn mit Blick auf Bayern zeigt sich ja: Das Landespflegegeld wird ab dem 1. Januar 2026 halbiert. Bisher gab es 1.000 Euro, ab dem 1. Januar sind es noch 500 Euro, und zwar nicht im Monat, sondern im Jahr - im Jahr!

Die langfristige Finanzierung ist auch im reichsten Bundesland angesichts des demografischen Wandels und der angespannten Haushaltslage unter Druck. Ein pauschal ausgeschütteter Geldbetrag, ohne systematische Versorgungskapazitäten und Entlastungsangebote zu schaffen, hilft nicht. Ein Geldbetrag behebt keinen einzigen strukturellen Engpass, macht Kurz- und Tagespflegeplätze sowie helfende Menschen zur Entlastung nicht automatisch verfügbar. Die tatsächliche Entlastung bleibt in Bayern sehr begrenzt. Davon kann sich die Betroffene am Ende auch nichts kaufen.

Ich habe mir die Mühe gemacht, zum Pflegesachverständigen Ihrer Partei in Ihr Bundesprogramm hineinzuschauen. Daraus will ich mal ein paar Sachen vortragen: „Um Anreize für eine Entscheidung zur Ausbildung als Fachkraft in der Altenpflege zu schaffen, sollte die Ausbildungszeit auf zwei Jahre verkürzt werden, denn junge Menschen wollen schnell in das Berufsleben einsteigen.“

Entgegen allen Stimmen aus der Wissenschaft der Pflege und von sämtlichen Pflegeverbänden! Und: Das wollen die jungen Menschen offenbar nicht.

Die jungen Menschen sollen gut qualifiziert sein, sich sicher und kompetent fühlen und den Angehörigen und Pflegenden gegenüber Sicherheit vermitteln. Zu dieser Ausbildung gehören Anatomie, Physiologie, Krankheitslehre, Pharmakologie, Validation - der komplette Pflegeprozess. Das kann man nicht in zwei Jahren lernen!! Das ist schier utopisch, es sei denn, man dequalifiziert sich weiter herunter.

Nächster Punkt im Programm - jetzt kommt es -: „Allein mit inländischen Pflegekräften ... wird die Fachkräftelücke bis 2030 nicht zu schließen sein.“ Immerhin haben Sie das erkannt. Ein Spoiler: Sie wird auch bis 2045 nicht zu schließen sein. Glückwunsch zu dieser Erkenntnis!

Es geht weiter: Es bedarf „einheitlicher Regelungen hinsichtlich der vorzuweisenden Sprachkenntnisse der Bewerber, der Befristungen und der vorgesehenen Rückkehrmöglichkeiten.“

Keine Perspektive in Deutschland für die Menschen, die uns hier den Allerwertesten retten, kein Familiennachzug! Keine Dankbarkeit für die Menschen, die uns hier durch diese Krise helfen!

Es geht munter weiter. Nächster Punkt: Moderne Standards, wie sie bereits im europäischen Ausland gelten, sollen angepasst werden. - Noch mal ein Spoiler: Ihre Vorschläge zur Dequalifizierung entfernen uns noch mehr von den Standards um uns herum. Fast weltweit ist Pflege ein Studiengang. Mit Ihren Vorschlägen wird es weiter dequalifiziert. Das ist das Gegenteil dessen, was Sie in Ihrem eigenen Programm stehen haben.

Vertretung und Selbstverwaltung, Voranbringen der Profession - möchte man auch nicht. Und auch keine Zwangsfortbildungen.

Jetzt ein Punkt, der sich erst einmal gut anhört: Leistungen von pflegenden Angehörigen sollen genauso vergütet werden wie pflegerische Leistungen durch soziale Einrichtungen. - Ich habe das mal zu Ihren Gunsten berechnet und dabei nicht das Gehalt einer Pflegefachkraft zugrunde gelegt, sondern die 1.000 Euro - aber pro Monat; Sie hatten diese Zahl ja genannt, Frau Klages. Ich bin davon ausgegangen: 600.000 Pflegebedürftige in Niedersachsen mal 1.000 Euro pro Monat macht 600 Millionen Euro mal zwölf macht 7,2 Milliarden Euro. Das ist fast das Volumen des Sozialhaushaltes - schwierig!

Dann bleibt noch 1 Million Euro übrig für den ganzen Rest. Ich möchte gerne wissen, wie Sie den Menschen erklären wollen, wie wenig dann übrigbleibt. Aber trotz dieser großen Anerkennung heißt es weiter: Pflegende Angehörige sollen unterstützt und kontrolliert werden, um eine hochwertige Versorgung sicherzustellen. - Diese Sicherstellung und Kontrolle erfolgt dann also durch das dequalifizierte Personal ohne Bleibeperspektive. Hut ab!

Ich spare mir die weiteren Seiten. Die Zeit rennt ein bisschen davon.

Dies ist die Woche der pflegenden Angehörigen. Ich möchte die Chance nutzen und mich herzlich für die tolle Auftaktveranstaltung im Leibnizhaus am Montag bedanken: bei der Organisation „Wir pflegen in Niedersachsen e. V.“ und allen, die daran beteiligt waren. Ich möchte mich sehr herzlich bei meinen Kolleginnen und Kollegen Eva Viehoff und Jan Bauer bedanken, mit denen wir konstruktiv zusammengearbeitet haben, um das vorzubereiten.

Ganz herzliche Grüße gehen auch - das sei mir erlaubt - an meinen Wahlkreis, in dem sich die Kinos in Gronau und Alfeld gestern an der landesweiten Aktion der Woche der pflegenden Angehörigen beteiligt haben. Herzlichen Dank.